

Sek-Studentenafel kommt vors Volk

Starke Schule reicht Initiative zur Stärkung der Naturwissenschaften und Geschichte ein

Von Thomas Dähler

Liestal. Das Stimmvolk soll die vom Bildungsrat beschlossene Marginalisierung der Fächer Biologie, Physik, Chemie, Geografie und Geschichte in den Baselbieter Sekundarschulen stoppen. Gestern hat das Komitee Starke Schule beider Basel in Liestal die Volksinitiative «Ja zu einer pädagogisch sinnvollen Studentenafel» eingereicht. Innert weniger Wochen waren dafür rund 2800 Unterschriften zusammengekommen. Mit dem Volksbegehren soll im Bildungsgesetz verankert werden, dass die fünf Fächer in den Sekundarschulen mit mindestens zwei Lektionen pro Woche unterrichtet werden müssen, wenn sie im Schuljahr auf der Studentenafel figurieren.

«Promotionsfächer, die aufbauend unterrichtet werden, mit nur einer Lektion zu dotieren, ist pädagogisch nicht sinnvoll», führte Michael Pedrazzi, Vorstandsmitglied der Starke Schule, gestern in Liestal vor den Medien aus. Die Starke Schule wünsche sich ausserdem eine Studentenafel, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der drei verschiedenen Sekundarschulniveaus Rücksicht nimmt.

Genau dies will der Bildungsrat nicht. Dieser hat im Frühjahr eine

Studentenafel verabschiedet, die für alle drei Niveaus einheitlich während der drei Jahre Sekundarschule je eine Wochenlektion Biologie, Physik und Chemie sowie je eineinhalb Wochenlektionen Geografie und Geschichte vorsieht. Damit würden diese Fächer insgesamt an Bedeutung verlieren.

Beschlossen hat der Bildungsrat die Einstundenfächer trotz einer negativ verlaufenen Vernehmlassung. Es sei dies ein Kompromiss in Anbetracht des beschränkten Zeitbudgets der Schülerinnen und Schüler. In der zurzeit noch gültigen Übergangstudentenafel werden alle fünf Fächer mit jeweils zwei Wochenlektionen geführt, Physik allerdings nur im letzten Schuljahr, und Chemie nur während zwei Jahren in Kombination mit Biologie.

Volksentscheid missachtet

Die neuen Einstundenfächer sind die Antwort des Bildungsrats auf den Volksentscheid gegen die neuen Sammelfächer des Lehrplans 21. Der in der Abstimmung unterlegene Bildungsrat war nicht bereit, die Studentenafel aufgrund der neuen Ausgangslage zu überarbeiten. Deshalb wurden die betroffenen fünf Fächer lediglich als Kleinstportionen von ein bis eineinhalb Lektionen berücksichtigt – in der Mei-

nung, die Fächer könnten dann jeweils von ein- und derselben Lehrkraft zeitlich flexibel unterrichtet werden, womit die verpönten Sammelfächer durch die Hintertür dennoch eingeführt wären. Missachtet würde damit der Volksentscheid zugunsten einer Stärkung der Naturwissenschaften und der Geschichte und zugunsten von voll ausgebildeten Lehrkräften für die fünf Fächer.

Der Bildungsrat hat sich bereits im Abstimmungskampf für eine Abschaffung der traditionellen Fächer zugunsten der Sammelfächer eingesetzt. Nach der verlorenen Abstimmung setzte sich das Gremium gegen den Vorschlag von Bildungsdirektorin Monica Gschwind durch, mit einer Verlängerung der heutigen Übergangstudentenafel mehr Zeit für die Entwicklung einer neuen Studentenafel und einen neuen Lehrplan zu gewinnen.

In der Tat wäre es nach einer raschen Einführung der Einstundenfächer schwierig, schon wieder Korrekturen daran vorzunehmen. Gemäss dem Beschluss des Bildungsrats würde die neue Studentenafel an den Sekundarschulen bereits auf Beginn des Schuljahrs 2018/2019 eingeführt.

Wie Landrat Jürg Wiedemann (GU) gestern der *BaZ* sagte, habe sich die Starke Schule an Bildungsdirektorin

Monica Gschwind gewandt und sie gebeten, auf eine rechtzeitige Abstimmung über die Volksinitiative zu drängen. Fassen die Bildungskommission und der Landrat die Parole für oder gegen die Initiative noch in diesem Jahr, wäre eine Volksabstimmung bereits im kommenden März möglich.

Aussprache geplant

Offen ist allerdings, ob der Bildungsrat an seinem Zeitplan festhält, nachdem jetzt in Anbetracht der zustande gekommenen Volksinitiative ohnehin eine Volksabstimmung nötig wird. Weil der Landrat diesen Monat auch noch einen gleichlautenden Vorstoss beraten wird, ist unterdessen eine Aussprache zwischen dem Bildungsrat und einer Delegation des Landrats geplant. Das Baselbieter Parlament hat einen Entscheid um den von Pascal Ryf (CVP) eingereichten Vorstoss bereits zweimal zugunsten einer Aussprache mit dem Bildungsrat verschoben.

Sie wird nun am 24. August stattfinden. Wiedemann erklärte der *BaZ*, er hoffe, dass sich der Bildungsrat dazu bereit erkläre, die Studentenafel nochmals zu überarbeiten. Die Starke Schule sei bereit, die Initiative zurückzuziehen, wenn ein breit abgestützter Kompromiss gefunden werde.



«Unökologisches Einweglehrmittel». Bildungspolitiker Jürg Wiedemann kritisiert das teure Lehrmittel mit folgenreichen Weiterbildungskosten. Vor ihm ausgebreitet die vielen teuren Französischhefte für ein einziges Schuljahr. Foto Nicole Pont

Das Millionengeschäft mit den Bildungsreformen

Verlage und Bildungsinstitute profitieren von dem Geld der Schulen

Von Daniel Wahl

Liestal. Als im Baselbiet das englischsprachige Lehrmittel «New World» dem Bildungsrat vorgestellt wurde, musste er es durchwinken. Eine Alternative lag nicht vor. Ähnliches berichtete ein Mitglied der Lehrmittelkommission, als unter dem früheren Bildungsdirektor Urs Wüthrich das umstrittene «Mille feuilles» und das Folgelehrmittel an der Sekundarschule, «Clin d'œil», vorgelegt wurden: «Man konnte es weder evaluieren noch besprechen.» Die sechs Partnerkantone, die dem Gebilde Passepartout angeschlossen sind, führten das Lehrmittel mit DVD, sieben Begleitheften, Faltkarten und dergleichen pro Schuljahr (!) auf Empfehlung ihrer Entwickler eigenmächtig ein.

So ergatterte der Schulverlag Plus einen lukrativen Auftrag, der wiederum millionenteure Weiterbildungsaufträge bei jenen Instituten auslöste, die die Einführung dieser unökologischen Einweglehrmittel befeuerten. Wie Bildungspolitiker Jürg Wiedemann (GU) an der gestrigen Pressekonferenz der Starke Schule beider Basel in Liestal ausführte, bescherten die neuen Englisch- und Französisch-Lehrmittel gegenüber ihren Vorgängern elfmal mehr Umsatz.

Schulverlag Plus und Klett und Balmer-Verlag sind beileibe nicht die einzigen Player, die an den zahlreichen Bildungsreformen Geld verdienen: Laut Wiedemann ist es ein «lukratives Dreigespann» von Reformbefürwortern, Bildungsinstituten und Privatindustrie, die sich «Aufträge zuschanzen und sich gegenseitig legitimieren». «Die Bildungsreformen sind zu einem millionenschweren Geschäft geworden, in dem Gewinnmaximierung, Deutungshoheit und Macht wichtiger geworden sind als möglichst gute Lernvoraussetzungen für die Schüler», sagt Wiedemann.

Zu den grossen Profiteuren gehöre insbesondere auch die Pädagogische Hochschule der FHNW, welche sich teure Forschungsaufträge aus öffentlichen Mitteln sichere und damit ihren Stellenetat rechtfertige. Dies gehe zulasten der Schule, der das Geld für andere Notwendigkeiten fehle.

Teuer und nicht praxistauglich

Seine Erkenntnisse kann Wiedemann locker mit weiteren Zahlen untermauern: am Beispiel von vier der Leistungschecks, die an den Volksschulen im Kanton Solothurn, Baselland, Basel-Stadt und Aargau durchgeführt werden. Inklusive Bereitstellen der Soft-

ware und einer Aufgabensammlung kostete die Entwicklung der Checks 3,44 Millionen Franken. An den wiederkehrenden Kosten verdient das Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich alleine am Kanton Baselland jährlich über eine halbe Million Franken. Die überwiegende Mehrheit der Lehrer im Kanton Basel-Stadt hält die Checks für pädagogisch unsinnig: Mit 1818 zu 127 Stimmen verlangt sie die Abschaffung dieser Checks.

Zum Papiertiger wird auch der Lehrplan 21 im Kanton Baselland mutieren, wenn «Jahresziele» statt Kompetenzen als verbindlich eingeführt werden. Derweil haben rund 200 Personen sechs Millionen Franken Entwicklungskosten verursacht – die Weiter- und Umbildungskosten in den Kantonen sind darin nicht eingeschlossen.

Um Lehrer auf den Unterricht mit «New World» vorzubereiten, wurden sie im Baselland für 24 Halbtage aufgeboten. Die Einführung des Vorgängerlehrmittels «Ready for English» dauerte lediglich acht Stunden. Dass die jeweils von zwei Kursleitern erteilte Passepartout-Weiterbildung im Kanton Baselland durch Bildungsdirektorin Monica Gschwind auf 53 Stunden reduziert worden ist, freut Wiedemann, er bezeichnet es aber als immer noch überrissen.